



„Die Zukunft beginnt jetzt“

Geburtenrückgang: Ist der Wohlfahrtsstaat in der bisherigen Form in Zukunft noch aufrechtzuerhalten? Was zu tun ist.

Foto: Alexander Albrecht

Eine immer kleiner werdende Anzahl an Erwerbstätigen steht einer immer größer werdenden Zahl an Leistungsempfängern gegenüber.

Zukunftsängste sind in Zeiten des Wandels urmenschliche Gefühle. Wirtschaftskrisen, Klimawandel, politische Instabilität oder technologische Revolutionen – sie erzeugen Unsicherheit. Als zusätzlicher Treiber gilt seit geraumer Zeit auch der demografische Wandel. Besonders in Italien. Konstant

sinkende Geburtenzahlen stellen den Wohlfahrtsstaat vor große Herausforderungen. Und es stellt sich die bange Frage: Wenn der Wohlfahrtsstaat schon jetzt in Zeiten weitreichender gesellschaftlicher und ökonomischer Transformationen vermehrt auf dem Prüfstand steht – wie ist es dann in naher Zukunft um ihn

bestellt? Was heißt es, wenn eine immer kleiner werdende Anzahl an Erwerbstätigen eine immer größer werdende Zahl an Leistungsempfängern finanzieren soll?

Das Thema beschäftigt nicht nur Ökonomen und Soziologen. Gerade junge Menschen fragen sich, ob das Sozial- und Rentensystem in den



kommenden Jahrzehnten noch finanzierbar bleibt.

Die nackten Zahlen könnten dabei durchaus Grund zur Sorge geben. Die demografische Entwicklung Italiens ist bereits seit Jahrzehnten in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Laut aktuellen Prognosen des staatlichen Statistikamtes Istat wird die Bevölkerung des Landes von derzeit rund 59 Millionen Menschen bis zum Jahr 2050 auf etwa 54,7 Millionen schrumpfen.

Besonders deutlich wird der Rückgang in der Gruppe der Erwerbsfähigen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren sein. Demnach reduziert sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 63,5 Prozent auf 54,3 Prozent. Gleichzeitig altert die Gesellschaft stark: Der Anteil der Über-65-Jährigen wird im selben Zeitraum von gut 24 Prozent auf knapp 35 Prozent ansteigen. Für diese Entwicklung macht das Statistikamt eine Kombination aus steigender Lebenserwartung, anhaltend niedriger Geburtenrate und tiefgreifenden Veränderungen der Familienstrukturen verantwortlich. Die Einwanderung kann die Auswirkungen des demografischen Wandels laut Istat zwar abmildern, bietet allein aber keine umfassende Lösung an; sie wird vielmehr eine neue Bevölkerungsstruktur hervorbringen.

„Es ist nicht so, dass wir Angst haben müssen, dass der Wohlfahrtsstaat und mit ihm das Rentensystem implodiert, weil weniger Erwerbstätige für seine Aufrechterhaltung sorgen“, beruhigt Gottfried Tappeiner pessimistische Geister. Der Wirtschaftsprofessor an der Uni Innsbruck erinnert daran, dass Italien Mitte der 1990er-Jahre schon einmal vor einer massiven Rentenkrise stand. Bereits damals stellte die demografische Entwicklung und ein zu frühes Renteneintrittsalter das System auf den Prüfstand. Mit der sogenannten Dini-Reform im Jahr 1995 wurde die finanzielle Stabilität des italienischen Rentensystems zunächst abgesichert, indem von einem leistungsorientierten zu einem beitragsorientierten System übergegangen wurde.

„Italien hat immer wieder auch weit-sichtige Pläne gehabt. Dass es bei ihrer

Umsetzung mitunter haperte und die Würfe nicht immer zu Ende gedacht waren, stimmt natürlich auch“, sagt Tappeiner. Nichtsdestotrotz spricht er vom demografischen Wandel als eine der größten Umstellungen, die unsere Gesellschaft zu schultern hat. „Darüber, wie wir in der Gesellschaft die Gewichte setzen wollen, gibt es aber sehr wenig Diskussion“, stellt Tappeiner fest. Er geht davon aus, dass uns der Umbau gut zwei Jahrzehnte begleiten wird.

Wohlfahrtsstaat (auch Sozialstaat) – was heißt das überhaupt? Der Begriff beschreibt das wirtschaftliche, soziale und politische System eines Staates, der mit umfassenden Maßnahmen für die soziale Sicherheit und das Wohlbefinden seiner Bürgerinnen und Bürger sorgt. Er zählt zu den bedeutendsten gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten 150 Jahre in Europa. Spätestens durch die Covid-Pandemie wurde seine wichtige Rolle wieder deutlich – sei es im Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung, der Arbeitslosenunterstützung oder bei sozialen Sicherungsmaßnahmen. Kurzum: Seine Nützlichkeit ist unbestritten.

Italien verfolgt ein sogenanntes familistisches System, in dem die Familie die Hauptakteurin in der Produktion von Wohlfahrt ist: Die Familie als primäres Sozialnetz war bis dato die Instanz, die soziale Sicherheit gewährleistete. Obschon die Sozialausgaben mit 31,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verhältnismäßig hoch sind (und damit knapp zwei Prozent über dem EU-Durchschnitt), bleiben öffentliche Sozialleistungen jedoch oft kurzlebig und fragmentiert (Reddito di cittadinanza/ Bürgergeld), das Leistungsniveau niedrig. Die Hälfte davon fließt in Altersausgaben, vorwiegend in Altersrenten. Dass das auf Dauer nicht so bleiben kann, versteht sich von selbst und steht in krassem Gegensatz zu den Ausgaben für Familien und Kinder. So gibt Italien derzeit nur 1,2 Prozent des Bip für deren Schutz und Unterstützung aus (379 Euro pro

Einwohner:in im Jahr 2021 – Deutschland gibt knapp viermal mehr aus).

„Wenn verlässliche und leicht zugängliche Sozialleistungen in diesem Bereich fehlen, steht der Erhalt der Bevölkerung und somit die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt auf dem Spiel“, heißt es in einem OECD-Bericht (Society at a Glance, 2024), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa. Immerhin zeichnet sich in Italien langsam eine stärkere staatliche Intervention in Familienausgaben ab (Assegno unico/Einheitliches Kindergeld).

Betrachtet man die wirtschaftliche Lage der Familien in Südtirol, so spielen Land und Region hierbei eine wesentliche Rolle. Ohne ihre Sozialleistungen wäre jede vierte Familie im Lande armutsgefährdet. Das hat vor ein paar Jahren das Arbeitsförderungsinstitut Afi errechnet. Ein Umstand, der sich dank des konstanten inflationsbedingten Kaufkraftverlustes der Arbeitnehmenden kaum gebessert haben dürfte. Besonders drastisch macht sich dieser bei den Rentnerinnen und Rentnern bemerkbar. Neueste Daten des Landesstatistikamtes Astat zeigen, dass obschon der Jahresrentenbetrag in Südtirol im Schnitt in den vergangenen Jahren gestiegen ist (2023 belief er sich auf durchschnittlich 17.447 Euro), heute inflationsbereinigt weniger im Geldbeutel bleibt als noch vor zehn Jahren.

Da klingen Warnungen der OECD wenig ermutigend. So hat die Organisation erst vergangenen Monat darauf aufmerksam gemacht, dass Italiens Rentenkassen massive Probleme drohen. Während derzeit 2,4 Erwerbstätige auf einen Pensionisten kommen, werden es im Jahr 2060 nur mehr 1,3 Erwerbstätige sein.

Was also unternehmen, um das Sozial- und Rentensystem angesichts der ungünstigen demografischen Entwicklung zukunftsfit zu machen?

„Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, dem oft übertrieben pessimistisch

Der Wohlfahrtsstaat zählt zu den bedeutendsten gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten 150 Jahre in Europa.

WIRTSCHAFT

dargestellten Szenario der demografischen Alterung wirksam entgegenzuwirken. Doch dafür ist ein rasches und konsequentes Handeln notwendig“, schreibt CGIL/AGB-Rentengewerkschaftler Alfred Ebner in einer aktuellen Aussendung.

„Der Reformbedarf ist unbestritten. Natürlich brauchen wir eine gewisse Anzahl an nachkommenden Kindern, um das System im Gleichgewicht zu halten. Doch wir müssen auch eine Diskussion darüber führen, welche Erwartungshaltungen wir künftig an den Wohlfahrtsstaat haben, welche Grundleistungen er übernehmen soll, schließlich ändern sich die Lebensstile und Lebensmodelle“, gibt Stefan Perini zu bedenken. Für den Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes ist klar: Steigende Ansprüche werden sicher nicht über die Gemeinschaftskasse finanzierbar sein. Wenn die ökosoziale Marktwirtschaft das Referenzmodell für die Zukunft sein soll, dann wird der Wohlfahrtsstaat nur aufrechtzuerhalten sein, wenn Bürgerinnen und Bürger sich auch selbst an ihrer Altersabsicherung beteiligen. Hierbei empfiehlt es sich, frühzeitig in speziell aufgelegte Fonds einzuzahlen.

In diese Richtung weist auch ein Gesetzentwurf, den die Regionalregierung

Trentino-Südtirol vor wenigen Wochen genehmigt hat. Er soll einen Anreiz schaffen, bereits Neugeborene in den Zusatzrentenfonds einzuschreiben.

Wie der italienische Wohlfahrtsstaat zukunftsfit gemacht werden kann, lässt sich in der erwähnten OECD-Studie nachlesen. Demnach sind

- Arbeitskräftepotenziale zu mobilisieren, etwa durch das Schließen von zwei Dritteln der Beschäftigungslücke zwischen Männern und Frauen;
- gesunde Ältere länger im Arbeitsleben zu halten;
- hinsichtlich Migration legale Einwanderungskanäle zu schaffen.

Es sind Maßnahmen, die auch Wirtschaftsprofessor Tappeiner für unabdingbar hält. Für ihn hat vor allem die Produktivitätssteigerung Vorrang. Das Pensionsantrittsalter von 67 Jahren sei jedoch rigider handzuhaben. „Wir müssen das Faktische vermehrt ans Gesetzliche angleichen“, so Tappeiner. Auch spricht er sich für ein sogenanntes Pensionspooling aus. Gemeint ist damit das gemeinsame Ansparen oder Teilen von Pensionsvermögen in einem kollektiven System. Weil Frauen ihre Erwerbstätigkeit zwecks Kinderbetreuung oder Pflegearbeit häufiger unterbrechen und in Teilzeit arbeiten, würden finanzielle Risiken von Erwerbsunterbrüchen über den Pool verteilt. Doch ein solches Instrument zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen und zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit im Rentensystem ist noch in keinem OECD-Land umgesetzt worden.

Ein großes Problem erkennt Tappeiner in der wirtschaftlichen Zwei- bis Dreiteilung Italiens. Wenn ein Drittel der Bevölkerung wirtschaftlich kaum mitkomme und es zur Kultur gehöre, dass informelle Arbeitsverhältnisse Standard seien (Stichwort Schwarzarbeit), wirke sich das zwangsläufig negativ auf die Wirtschaft und das Sozialsystem eines Landes aus.

In Sachen Migration gilt es für Tappeiner schnell zu handeln: „Die Menschen, die zu uns kommen, sind produktiv einzusetzen, die langen Asylverfahren sind niemandem zuzumuten.“ Wer Bleiberecht hat, sei viel schneller

„Wir müssen eine Diskussion darüber führen, **welche Erwartungshaltungen** wir künftig an den Wohlfahrtsstaat haben.“

Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes Afi



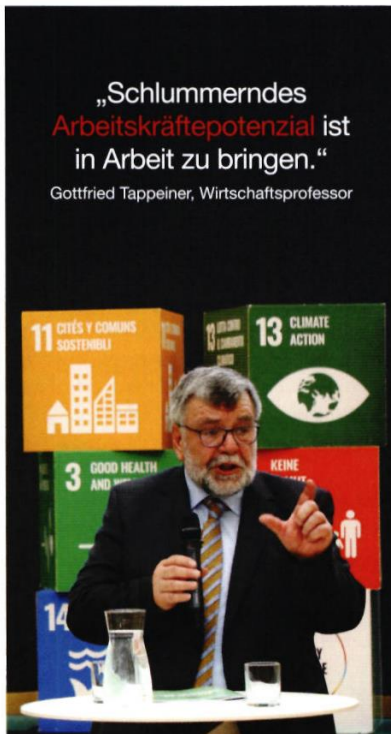
Fotos: Alexander Alzer

in das Wirtschafts- und Sozialsystem einzugliedern.“ Man müsse die Zahl der Erwerbstätigen hochhalten und das schlummernde Arbeitskräftepotenzial in Arbeit bringen. „Wer über die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates von morgen spricht, der muss zwangsläufig auch über Umverteilung sprechen“, sagt Perini. Wenn die Vermögendsten den Wohlfahrtsstaat mitfinanzieren, sei das auch im Interesse der Bewahrung des eigenen Status. „Werden die sozialen Ungleichheiten zu groß, wackelt der soziale Frieden und es entsteht der Nährboden für Extremismen“, so Perini.

Dass man um eine Umverteilung nicht herumkommen wird, glaubt auch Tappeiner. Für ihn stellt sich die Frage, ob man eine solche im Wesentlichen über das Einkommen oder über das Vermögen abwickelt. Im Bedarfsfall darf die Kombination von Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer kein Tabu sein. Auch wird man sich Gedanken machen müssen, ob bestimmte Sozialleistungen bei höherem Vermögensstand noch erbracht werden sollen.

„Wir haben allgemein die Tendenz, dass wir erst handeln, wenn der Druck schon sehr groß ist“, sagt Tappeiner. Doch die Zukunft beginne gerade jetzt. ■

Markus Larcher



„Schlummerndes Arbeitskräftepotenzial ist in Arbeit zu bringen.“

Gottfried Tappeiner, Wirtschaftsprofessor